
Konrad J. Kuhn

„Aktive Solidarität“ – Überlegungen zu zivilgesellschaftlichen Praktiken der Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz

Internationale Solidarität hat als Movers zivilgesellschaftlichen Engagements ab den 1960er-Jahren in den Staaten Westeuropas eine erhebliche Kraft entwickelt. Dabei waren es vor allem kollektive Akteure, die sich unter Begriffen wie „Solidaritätsbewegung“ oder „Dritte-Welt-Bewegung“ engagierten. In der Forschung werden folglich die Bezeichnungen „Dritte-Welt-Bewegung“ und „entwicklungspolitische Solidaritätsbewegung“ synonym verwendet. Sie beide sind Selbstbezeichnungen der Bewegung und zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Kernelemente und -begriffe des Engagements der Aktivisten transportieren: Dritte Welt, Entwicklungspolitik und Solidarität. Diese Bewegungen erreichten sowohl eine zahlenmässig breite Mobilisierung wie auch einen diskursprägenden Einfluss auf das „Politische“¹. Die Dritte-Welt-Bewegungen werden von der historisch-politikwissenschaftlichen Forschung als Bewegungskomplexe verstanden, die nicht homogen definiert werden können, sondern eine Vielzahl von unterschiedlichen Gruppen und Organisationen umfassen, die sich bis in die frühen 1990er-Jahre mit Befreiungsbewegungen und den Menschen der Dritten Welt solidarisiert haben und über Öffentlichkeitskampagnen in den Ländern des „globalen Nordens“ ein Bewusstsein für die Probleme der Dritten Welt und für die Zusammenhänge zwischen dem Reichtum des Nordens und der Armut des „glo-

1 Vgl. dazu weiterführend Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Neue Politikgeschichte: Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005; Barbara Stollberg-Rilinger (Hg.), *Was heisst Kulturgeschichte des Politischen?*, Berlin 2005; Luise Schorn-Schütte, *Historische Politikforschung. Eine Einführung*, München 2006. Als knappe Übersicht Ute Frevert, *Neue Politikgeschichte*, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft*, Göttingen 2006, 152-164.

balen Südens“ zu schaffen versuchten.² Diese auch als „Entwicklungskuchen“³ bezeichneten Bewegungen haben dabei sowohl aus der Studentenbewegung von 1968 mit ihrem Engagement für internationale Solidarität, Antikolonialismus und Antiimperialismus als auch von der Friedensbewegung und aus ihr nahestehenden Kirchenkreisen wichtige Impulse erhalten. Es gelang den Dritte-Welt-Bewegungen mit einer generalisierenden Gleichheits- und Gerechtigkeitsformel, zahlreiche Problemstellungen aufzugreifen. Auf diese Weise fanden auch äußerst unterschiedliche Themen innerhalb der Bewegungen Platz.⁴ Für die Dritte-Welt-Bewegungen Westeuropas war Solidarität grenzüberschreitend und im Anspruch universalistisch, wobei sie an die Vorläufer der internationalen Solidarität der Arbeiterbewegung anknüpfen wollte. Solidarität war so verstanden stets ein konflikthafter Kampfbegriff, der einerseits einen positiven, inkludierenden Bezug auf gemeinsam zu erreichende Ziele, andererseits einen negativen, aus-

2 Dazu Konrad J. Kuhn, *Entwicklungspolitische Solidarität. Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik 1975–1992*, Zürich 2011. Vgl. auch: Florence Passy, *Political Altruism and the Solidarity Movement. An Introduction*, in: Marco Guigni/Florence Passy (Eds.), *Political Altruism? Solidarity Movements in International Perspective*, Lanham, Boulder, New York und Oxford 2001, 3–2, hier 4–5; Christine Frantz/Ansgar Klein/Markus Rohde/Ulrich Willems, *Advokaten internationaler Solidarität: Zivilgesellschaftliche Organisationen in Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 1 (2005), 2–6. Kriesi definiert Solidaritätsbewegung „als die vielgestaltige Bewegung, die Solidarität mit der Dritten Welt übt. Sie umfasst Teilbewegungen für Entwicklungs- und humanitäre Hilfe, für politische Häftlinge, für Asylbewerber, für Menschenrechte und gegen Rassismus“, vgl. Hanspeter Kriesi, *Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4 (1992), 85–93, hier 92. Ähnlich breit ist Solidaritätsbewegung auch definiert bei Simone Baglioni, *Solidarity Movement Organizations: Toward an Active Global Consciousness?*, in: Guigni/Passy, 219–234. Auch die in der historischen Forschung für den Bewegungskomplex verwendeten Bezeichnungen „Drittweltismus“ (Wilfried Mausbach, *Von der „zweiten Front“ in die friedliche Etappe? Internationale Solidaritätsbewegungen in der Bundesrepublik 1968–1983*, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.), *Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010, 423–444) und „Tiersmondismus“ (Monica Kalt, *Tiersmondismus in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre: Von der Barmherzigkeit zur Solidarität*, Bern u. a. 2010) verweisen auf die zentrale Rolle der „Dritten Welt“ für das Engagement dieser Gruppen.

3 Ueli Mäder, *Der Entwicklungskuchen: Mit frischem Mut?*, in: *Solidarität* 59 (1981), 14–15, hier 14.

4 Michael Bommers/Michael Heuer, *„Dritte-Welt-Bewegung“ – Was für eine Bewegung?!*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3 (1994), 63–75, bes. 65–67.

schließenden Bezug auf einen Gegner aufweist.⁵ Damit erhielt „Solidarität“ auch eine erhebliche moralisch-normative Konnotation, wobei nicht bloß gemeinsame Interessen, ein Einheitsbewusstsein und gegenseitige Hilfsbereitschaft ausschlaggebend waren. Vielmehr bezog sich „Solidarität“ zentral auf eine universalistisch gefasste „Gerechtigkeit“, wobei dieses Selbstverständnis explizit gemacht wurde.⁶ Die Entwicklungsthematik wurde so zum Mittel für die Utopie einer „gerechteren Welt“, in der soziale Ungleichheit als Hierarchisierungsprinzip in einer Gesellschaft überwunden und alle Menschen bezüglich Lebenschancen gleich sein würden. Es ging den europäischen Dritte-Welt-Bewegungen also um die Durchsetzung globaler Gerechtigkeit, für die sie sich auch ohne direkte Gemeinschaftsbeziehung einsetzte. „Entwicklung“ wurde daher auch nicht länger im Sinne der Modernisierungstheorie als nachholende Entwicklung einer Gesellschaft verstanden, die gewisse Phasen auf dem Weg in die Moderne durchlaufen müsse,⁷ sondern vielmehr als Ausbeutungskritik, die in Anlehnung an die Dependenztheorien auf die wechselseitige Bedingtheit von Industrie- und Entwicklungsländern fokussierte und diesen Zusammenhang nach solidarischen Kriterien ändern wollte.⁸ Diese Veränderungen wurden von Akteuren der Dritte-Welt-Bewegung einerseits bei den Befreiungsbewegungen der Dritten Welt selber

5 Kurt Bayertz, *Begriff und Problem der Solidarität*, in: Kurt Bayertz (Hg.), *Solidarität. Begriff und Problem*, Frankfurt a. M. 1998, 11–53, hier 40–48; Jakob Tanner, *„Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“: Die schweizerische Arbeiterbewegung zwischen nationaler Politik und grenzüberschreitender Solidarität*, in: Stefan Howald (Hg.), *Dieses kostbare Gut der Solidarität*, Zürich 2008, 73–88; Iring Fetscher, *Historische und aktuelle Tendenzen der Solidarität*, in: Gerd Iben/Peter Kemper/Michael Maschke (Hg.), *Ende der Solidarität? Gemeinsinn und Zivilgesellschaft*, Münster 1999, 80–98.

6 Wolfgang Kersting, *Internationale Solidarität*, in: Bayertz, 411–429. Entsprechend der Nähe von „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ ergeben sich seit den 1970er Jahren auch Überschneidungen zu Menschenrechtsaktionen, die in der historischen Forschung jüngst vermehrt Aufmerksamkeit erhalten, nicht eigentlich aber Thema dieser Arbeit sind. Grundlegend hierzu sind Jan Eckel, *Utopie der Moral, Kalkül der Macht. Menschenrechte in der globalen Politik seit 1945*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 49 (2009), 437–484 und Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.), *Moralpolitik. Geschichte der Menschenrechte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2010.

7 Eine Analyse zur Wirkungsmacht dieses Gedankens bei Daniel Speich, *Der Entwicklungsautomatismus. Ökonomisches Wissen als Heilsversprechen in der ostafrikanischen Dekolonisation*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 48 (2008), 183–212.

8 Vgl. dazu die Quellen-Texte in Karin Fischer/Gerald Hödl/Wiebke Sievers (Hg.), *Klassiker der Entwicklungstheorie: Von Modernisierung bis Post-Development*, Wien 2008. Vgl. auch Andreas Boeckh, *Dependencia-Theorien*, in: Dieter Nohlen, *Lexikon Dritte Welt: Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*, Reinbek b. Hamburg 2002, 181–185. Wie stark der Gegensatz zwischen den beiden Entwicklungs-Modellen auch die Geschichtsschreibung zur Entwicklungspolitik prägt, zeigt Frederick Cooper, *Writing the History of Development*, in: *Journal of Modern European History* 8 (2010), Nr. 1, 5–23.

verortet, indem diese als Träger eines revolutionären Bewusstseins identifiziert wurden, das die erhoffte Weltrevolution verwirklichen würde.⁹ Andererseits richteten sich die Anstrengungen auch auf die konkrete „Solidaritäts-Arbeit“ in den Ländern Westeuropas selber, mit der die Verhältnisse des Nordens zum Süden in den Bereichen Wirtschaft, Handel, Finanzplatz, Kultur und Außenpolitik kritisch thematisiert wurden. Dabei geriet die Dritte-Welt-Bewegung bezüglich der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit in ambivalente Haltungen, indem sie diese zwar als nicht strukturverändernd kritisierte, in der politischen Debatte aber nur wenig offensiv gegen diese argumentierte. Entwicklung wurde in den 1980er-Jahren nämlich als „Prozess der Befreiung“ gedacht, der eine Befreiung von Auslandsabhängigkeit und eine Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung bedeuteten sollte.¹⁰

Im Zentrum des folgenden Beitrags soll ein Beispiel für die Praktiken internationaler Solidarität stehen, wie sie von der schweizerischen Dritte-Welt-Bewegung zu Beginn der 1990er-Jahre in Alltagsrealitäten gelebt wurden. Dabei interessiert die konkrete Praxis von „aktiver Solidarität“ von in einer heterogenen Bewegung zusammengeschlossenen Individuen, die erheblich motiviert waren von gemeinsamen Idealen und Überzeugungen. Bei einer Analyse der Praktiken werden sowohl ideelle wie auch personelle Transfers von Wissens- und Wertbeständen sichtbar. Einerseits funktionierten diese über Korrespondenzen und einen engen Austausch mit Personen aus der Dritten Welt, andererseits zeigte sich dieser Transfer auch darin, dass engagierte Einzelpersonen aus der Schweiz über weite Strecken reisten, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern von Bauernorganisationen und Befreiungsbewegungen zu treffen. Dieser Austausch von und über Normen und Wissen hatte den Transfer von Diskursen und Erfahrungen zum Ziel, die alle für einen imaginierten „gemeinsamen Kampf“ für universalistische Gerechtigkeit gebraucht wurden. Diese Diskurse konstruierten in der Schweiz im Rahmen von Solidaritätskampagnen und in entwicklungspolitischen

⁹ Für den französischen Fall zeigt diese Projektionen beispielhaft: Christoph Kalter, Die Entdeckung der Dritten Welt. Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt a. M. und New York 2011. Eine (selbst-)kritische Einschätzung dieser Prozesse in Reinhart Kössler/Henning Melber, The West German solidarity movement with the liberation struggles in Southern Africa: A (self-)critical retrospective, in: Ulf Engel/Robert Kappel (Eds.), Germany's Africa Policy Revisited: Interests, images and incrementalism, Münster, Hamburg und London 2002, 103-126.

¹⁰ Ausdruck dieses neuen gemeinsamen Verständnisses innerhalb der schweizerischen Dritte-Welt-Bewegung war das Symposium der Solidarität 1981, vgl. dazu Konrad J. Kuhn, „Entwicklung heisst Befreiung“: Strategien und Protestformen der schweizerischen Dritte-Welt-Bewegung am Symposium der Solidarität 1981, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 38 (2007), 77-95. Vgl. auch Symposium der Solidarität (Hg.), Schwarzbuch Schweiz-Dritte Welt: Fallbeispiele, Bern 1981.

Auseinandersetzungen Themen und Positionen, die anschlussfähig an eine stark innenpolitisch vermittelte Debatte waren. Es geht im Folgenden also um Solidarität als persönliches Engagement und damit um die individuelle Praxis innerhalb kollektiver Gruppen. Dazu befasst sich dieser Beitrag mit den strategisch-politischen Antworten entwicklungspolitischer Kreise auf die gegen Ende der 1980er-Jahre drängend werdende internationale Verschuldungssituation von Entwicklungsländern. Diese Antworten illustrieren sowohl die Kreativität wie auch das persönlich-individuelle Engagement für internationale Solidarität von Aktivistinnen und Aktivisten der entwicklungspolitischen Dritte-Welt-Bewegung.

Verschuldung als weltpolitische Thematik der späten 1980er-Jahre

Die Verschuldung von Entwicklungsländern wurde in den 1980er-Jahren zu einem zentralen Thema in der internationalen Entwicklungspolitik. Die stark gestiegenen Schulden der Entwicklungsländer bei den westlichen Staaten und den internationalen Finanzinstitutionen verdeutlichen dies; sie waren von 80 Milliarden Dollar 1970 auf 1.340 Milliarden Dollar im Jahre 1990 angewachsen.¹¹ Die hohe Schuldenlast drohte, bisherige Entwicklungsanstrengungen zunichte zu machen. Der IWF und die Weltbank als internationale Finanzinstitutionen reagierten auf die Verschuldungskrise mit Umschuldungsmaßnahmen, die an Bedingungen einer veränderten Außenhandels- und Wirtschaftspolitik der verschuldeten Länder geknüpft waren. Diese Maßnahmen gingen davon aus, dass nur ein wirtschaftliches Wachstum die Entwicklungsländer in die Lage versetzen würde, die Schulden zurückzuzahlen.¹² Erst gegen Ende der 1980er-Jahre setzte sich die Ansicht durch, dass die Verschuldung auch ein strukturelles Entwicklungsproblem darstellte, so dass ohne Schuldenerlass keine wirklichen Fortschritte erzielt werden könnten. So äußerte sich beispielsweise die Politikwissenschaftlerin und Aktivistin Susan George mit einer pointierten Analyse, in der sie die Verschuldung als Ausbeutungsstruktur einschätzte, die in zahlreichen Entwicklungsländern zu Hunger, Armut und Elend führte. Damit denunzierte sie die gemeinsame „Weltanschauung“ der wichtigsten Akteure des internationalen Finanzsystems, die in einem eigentlichen „Konsortium“ zusammenwirken würden, um die ausstehenden Schulden bei den Entwicklungsländern „einzutreiben“, wandte sich aber zugleich gegen einen generellen Schuldenerlass, indem sie eine

¹¹ Seco/Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke/Deza (Hg.), Das schweizerische Entschuldungsprogramm 1991–2001. Über das bisher Erreichte, Perspektiven für die Zukunft, Bern 2001, 8.

¹² Bernhard Thibaut/Johannes Schwelm, Verschuldung, in: Nohlen, 854-859.

„kreative Schuldentilgung“ verlangte.¹³ Als Reaktion auf die drückende Schuldenlast und den damit verbundenen „Mittelabfluss im Schuldendienst“¹⁴ in der Höhe von 40 Milliarden Dollar formierten sich in vielen lateinamerikanischen und südasiatischen Entwicklungsländern Basisbewegungen und Bündnisse, die auf eine radikale Schuldenstreichung drängten. Auf diese Weise sollte die als einschränkend erfahrene Macht von multinationalen Unternehmen und internationalen Finanzinstitutionen auf den Spielraum der jeweiligen Regierungen zurückgebunden werden und die Schuldenstreichung ein erster Ansatzpunkt für die Aushandlung einer Weltmarktintegration unter gerechteren Bedingungen sein. Grundlegend in der Kritik stand das außenhandelszentrierte Entwicklungsmodell der multilateralen Institutionen. Dieses basierte darauf, dass kapital-schwache Länder Auslandskredite aufnehmen mussten, um mit diesem Geld Investitionen in die produktiven Exportsektoren zu tätigen, die das Wirtschaftswachstum steigern sollten. In der Kritik stand generell die damit verbundene Logik, die Zinszahlungen und Schuldenamortisationen seien mit den im Außenhandel erwirtschafteten Devisen zu begleichen.

Auch in der Schweiz wurde die Frage der Entschuldung in den 1980er-Jahren und zu Beginn der 1990er-Jahre zu einem wichtigen Politikfeld, das die Dritte-Welt-Bewegung intensiv beschäftigte.¹⁵ Zwar gab es bereits seit Mitte der 1980er-Jahre Thematisierungsversuche der Verschuldungsproblematik durch die Dritte-Welt-Bewegung, diese erreichte aber erst durch die breit getragene Entschuldungspetition der kirchlichen und entwicklungspolitischen Hilfswerke eine öffentliche Aufmerksamkeit. Diese Petition mit dem Namen „Entwicklung braucht Entschuldung“ richtete sich an den Staat und verlangte Umschuldungsmaßnahmen durch den Kauf von Schuldpapieren im Wert von 700 Millionen Schweizer Franken (was etwa 0,4% des damaligen Bruttoinlandsprodukts entsprach).¹⁶

¹³ Susan George, Sie sterben an unserem Geld. Die Verschuldung der Dritten Welt, Reinbek b. Hamburg 1988 (engl. A fate worse than debt. A radical new analysis of the Third World debt crisis, London 1987). George enthält sich einer vermeintlich einfachen Lösung und sieht als Möglichkeiten sowohl die weitere Rückzahlung als auch die Abschreibung der Schulden, allerdings formuliert sie bereits die Idee von „Entwicklungsfonds“ zur „kreativen Schuldentilgung“, die später von den Hilfswerken in der Schweiz aufgenommen wurde, vgl. 314 und 320-326.

¹⁴ Artikelentwurf zur Schuldenstreichung von Peter Bosshard (Erklärung von Bern), vorgesehen für die WochenZeitung, undatiert [wohl Herbst 1989], EvB-Archiv, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (nachfolgend: SozArch) Ar 430.61.2 Mappe 2.

¹⁵ Eine knappe Übersicht zur Schweiz und der Verschuldungskrise bei René Holenstein, Wer langsam geht, kommt weit. Ein halbes Jahrhundert Schweizer Entwicklungshilfe, Zürich 2010, 77-78.

¹⁶ Das Bruttoinlandsprodukt belief sich 1989 auf ca. 166.150 Millionen Schweizer Franken, vgl. Bruttoinlandsprodukt der Schweiz 1965-1995, in: Patrick Kammerer/Margrit Müller/Jakob Tanner/Ulrich Woitek (Hg.), Online Datenbasis zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Schweiz, <<http://www.fsw.uzh.ch/hstat/nls/overview.php>>, abgerufen am 14. Juni 2012.

Diese sollten von schweizerischen Gläubigern – allen voran den Großbanken – verkauft werden und die entsprechenden Schulden der ärmeren Entwicklungsländer gestrichen werden, wenn diese als Gegenleistung Entwicklungsfonds einrichten würden, die mit den durch den wegfallenden Schuldendienst freiwerdenden Mitteln bestückt wären und für Entwicklungsprojekte eingesetzt werden könnten.¹⁷ Durch den Erfolg der Petition mit rund 260.000 Unterschriften gelang es eindrücklich, die Verschuldungsthematik in den Jahren 1989 bis 1991 einer breiteren schweizerischen Öffentlichkeit näher zu bringen. Obwohl es sich bei der vorgeschlagenen „kreativen Entschuldung“ mit Entschuldungs- und Gegenwertfonds um einen technisch komplexen und nur schwierig kommunizierbaren Vorschlag handelte, gelang eine breite Mobilisierung der Basis der Hilfswerke.¹⁸ Hilfreich dabei war die Attraktivität der Grundidee der Petition mit einem schweizerischen Entschuldungsfonds als Mischung der drei Elemente: „Geschenk“ aus Anlass des 700-jährigen Bestehens der schweizerischen Eidgenossenschaften, engagierter Beitrag zur Lösung der komplexen Schuldenproblematik und traditionelles Entwicklungsprojekt zugunsten der Bevölkerung in der Dritten Welt.¹⁹ Dabei ist auch an die organisatorische Breite der Schweizer Hilfswerke zu denken, die über ihre Mitglieder und mit ihrem institutionellen Gewicht zahlreiche Schweizerinnen und Schweizer erreichte. Die meist aufgrund privater oder kirchlicher Initiative entstandenen Hilfswerke hatten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ihre Projekt- und Hilfstätigkeit auf die neu entdeckte Dritte Welt ausgedehnt. Sie konnten dafür ein großes Spendenpotential in der Bevölkerung mobilisieren. Für ihre Projektstätigkeit im Süden wurden sie vom Bund finanziert.²⁰ Ein Nachteil dieser Ausrichtung der Berichterstattung auf die Erzeugung politischen Drucks mittels der Petition war das rasche Absinken des Interesses nach Beendigung der Aktion. Die Verschuldungsproblematik blieb nur so lange präsent, wie die Maßnahmen im politischen Kommunikationsraum debattiert wurden, was sich daran zeigt, dass nach 1995 das öffentliche Interesse merklich abnahm.²¹ Entwicklungspolitische Gruppen aus der Dritte-Welt-Bewegung kritisierten diese Petition als zu technisch konzipiert und wiesen darauf

¹⁷ Weiterführend dazu Kuhn, Solidarität, 300-323, und Sibylla Pigni, Eine Stimme für die Entwicklungspolitik: Entwicklungspolitischen Lobbying am Beispiel von Swissaid, Fastenopfer, Brot für Brüder und Helvetas, Frauenfeld, Stuttgart und Wien 2010, 161-184.

¹⁸ Vgl. diese Einschätzung auch bei Seco/Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke/Deza (Hg.), hier 39.

¹⁹ Michael Murezi, Entwicklung braucht Entschuldung: Wird die Petition zum entwicklungspolitischen Flopp?, in: Mosquito 8 (1992), 8-13.

²⁰ Grundlegende Aufsätze zur Entstehung der Schweizer Entwicklungspolitik in: Peter Hug/Beatrix Mesmer (Hg.), Von der Entwicklungshilfe zur Entwicklungspolitik, Bern 1993.

²¹ Vgl. dazu Seco/Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke/Deza (Hg.), 39-40.

hin, dass weder die Legitimität der Schulden geklärt, noch die persönliche Mitverantwortung der Industrieländer für die Schuldenlast thematisiert würde. Entsprechend lancierten sie im Herbst 1989 als kritische Reaktion auf die Petition die radikale Basis-Aktion *Schuldenstreichung – selbst gemacht*, die zum Ziel hatte, die Schuldenkrise mit alternativen Strategien anzugehen, dabei aber auf die Forderungen von Basisbewegungen aus der Dritten Welt zurückgreifen sollte.

Persönliche Involviertheit als Mittel für die Generierung von öffentlicher Aufmerksamkeit

Die Aktion *Schuldenstreichung – selbst gemacht* war von der entwicklungspolitischen Organisation *Erklärung von Bern*²² geplant und wollte über direktes persönliches Engagement das Bewusstsein verbreiten, „dass eine weitere Rückzahlung der Schulden durch die Drittwelt-Länder nicht gerechtfertigt ist“ und so auf die auch individuelle Verantwortung der schweizerischen Bevölkerung für die Schuldenlast der Entwicklungsländer hinweisen.²³ Ein weiteres Ziel der Aktion bestand in der „Mobilisierung von materieller und politischer Unterstützung für Gruppen, die sich in der Dritten Welt für einen Rückzahlungsstopp einsetzen“. Dazu wurden über befreundete Nichtregierungsorganisationen und Basisbewegungen in Entwicklungsländern Kontakte und Adressen gesucht. So korrespondierte der zuständige Fachsekretär beispielsweise mit dem *Debt Crisis Network* des Washingtoner *Institute for Policy Studies*, mit dem peruanischen *Center for Studies and Development Promotion* und der philippinischen *Freedom from Debt Coalition*.²⁴ Ideologische Grundlage der Aktion waren die Überzeugungen, dass die „sozialen und ökologischen Konsequenzen des Kapitalabflusses die weitere Rückzahlung verbieten“ würden, dass die bestehende Verschuldungskrise nur als Resultat der „ungerechten weltwirtschaftlichen Beziehungen während der vergangenen Jahrzehnte“ verstanden werden konnte und dass auch die Gläubiger-Banken eine „Mit-Verantwortung für die Verschuldungskrise“ tragen würden, weil sie Kredite vergeben hätten, die nicht entwicklungsrelevant gewesen

22 Vgl. zur Erklärung von Bern (nachfolgend: EvB): Andrea Weibel, Erklärung von Bern, in: Historisches Lexikon der Schweiz, Bd. 4, Basel 2005, 253, und Anne-Marie Holenstein/Regula Renschler/Rudolf Strahm, Entwicklung heisst Befreiung: Erinnerungen an die Pionierzeit der Erklärung von Bern 1968-1985, Zürich 2008.

23 „Entschuldung – selbst gemacht“: Ein Merkblatt, undatiert [Sommer 1989], EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1. Zitat im folgenden Satz nach ebd.

24 Vgl. die Korrespondenz von Peter Bosshard aus der Vorbereitungszeit der Aktion im November und Dezember 1988 im EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

waren und als „Fluchtgeld wiederum auf ihren eigenen Konten“ liegen würde.²⁵ Explizites Ziel der symbolischen Aktion war es daher, Publizität für die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer zu erreichen und zugleich die direkt mitverantwortlichen Banken zu involvieren. Dies geschah nicht wie in früheren Aktionen vor allem über klassische Informations- und Öffentlichkeitsarbeit,²⁶ sondern über die direkte Aktion zahlreicher Aktivistinnen und Aktivisten aus der Bewegung.

Bei der Aktion ging es konkret darum, dass fünfzig angefragte Mitglieder der entwicklungspolitischen Aktion sich bereit erklärten, individuell bei unterschiedlichen Schweizer Bankinstituten einen Kleinkredit von 1.000 Schweizer Franken aufzunehmen und diesen Betrag direkt der *Erklärung von Bern* zu überweisen. Das Geld sollte dann von der Erklärung von Bern an „3. Welt-NGOs“ weitergeleitet werden, während die kreditnehmenden Mitglieder in der Schweiz gegenüber den kreditgebenden Banken gemeinsam öffentlich bekanntmachten, ihre Schuld nicht zurückzuzahlen, da „die Schulden (der Dritten Welt) bereits bezahlt“ worden seien.²⁷ Der mit den Einzahlungen errichtete Fonds bei den Entwicklungsländern sollte dabei ein „symbolischer Ausgleich für die weiter anhaltenden, nicht gerechtfertigten Rückzahlungen aus den Schuldnerländern“ sein. Die Rückzahlung der bezogenen Kredite aus dem privaten Vermögen der an der Aktion Teilnehmenden sollte nur unter der Bedingung erfolgen, dass die Bankinstitute eine unabhängige „öffentliche Kommission zur Untersuchung ihrer Kreditvergabe an die Dritte Welt oder zur Untersuchung der Fluchtgeld-Bestände aus der Dritten Welt auf ihren Konten“ zulassen würden.²⁸ Damit sollte innenpolitischer Druck auf die Banken ausgeübt werden, wobei realistischerweise nicht damit gerechnet wurde, dass die Banken auf diese Forderungen eingehen würden. Diese persönlich für die teilnehmenden Aktivistinnen und Aktivisten nicht unriskante Aktion war vorgängig juristisch abgeklärt worden, um so abschätzen zu können, welche zivil- und strafrechtlichen Konsequenzen drohten:

„Die persönlichen Konsequenzen der Teilnahme an der Aktion ‚Schuldenstreichung – selbst gemacht‘ sind nicht zu vernachlässigen. Die aufgenommenen 1.000 Franken kommen durch den beschriebenen Fonds Gruppen in der Dritten

25 „Schuldenstreichung – selbst gemacht“: Ein Merkblatt, undatiert [Sommer 1989], EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

26 Sigrid Baringhorst, Politik als Kampagne: Zur medialen Erzeugung von Solidarität, Opladen und Wiesbaden 1998.

27 „Schuldenstreichung – selbst gemacht“, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

28 Handschriftliche Notiz Peter Bosshard, vermutlich Mai 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

Welt zu, die eine sehr wichtige politische Arbeit leisten. Die restlichen Unkosten kommen einer öffentlichen Aktion zugute, die den Rahmen bisheriger Kampagnen sprengen und ein grosses Interesse für dieses wichtige Anliegen garantieren wird. Die rechtlichen Konsequenzen hängen davon ab, ob und bis zu welcher Stufe ein Betreibungsverfahren eingegangen wird. Sie können dadurch gerechtfertigt werden, dass politisch aktive Gruppen in der Dritten Welt ungleich grössere Konsequenzen auf sich nehmen – und unsere aktive Solidarität in dieser Frage dringend benötigen.“²⁹

Die fünfzig Personen – unter ihnen auch drei Parlamentarierinnen und ein Parlamentarier der sozialdemokratischen Partei und der Grünen Partei aus dem Schweizer Nationalrat – bildeten in der Sichtweise der *Erklärung von Bern* ein solidarisches „Schuldnerkartell in der Schweiz, mit dem die Bevölkerungen der Dritten Welt unterstützt – und die Banken für ihren Anteil an der Verschuldungskrise zur Verantwortung gezogen werden“ sollten.³⁰ Anspruch war es, ein Gegenstück zu dem von den Großbanken getragenen „Gläubiger-Kartell“ für die Interessenvertretung gegenüber den Schuldnerländern zu schaffen.³¹ Aus diesem Grund konzentrierte sich die Aktion auch auf jene Kleinkreditinstitute, die zu einer der drei schweizerischen Großbanken *Schweizerische Bankgesellschaft*, *Schweizerische Kreditanstalt* und *Schweizerischer Bankverein* gehörten. Beim Ausfüllen des Verwendungszwecks auf den Kleinkreditanträgen ließen die Aktivistinnen und Aktivisten Sarkasmus und Witz erkennen – als „Kreditgrund“ wurden Stichworte wie „Begleichung einer alten Schuld“, „Schuldensanierung“ oder Länderbezeichnungen wie „Philippinen“ und „Lateinamerika“ eingetragen.³²

Am 20. November 1989 wurde die Aktion anlässlich einer Pressekonferenz mit Anwesenheit von Emanuel de Dios als Vertreter der philippinischen *Freedom from Debt Coalition* öffentlich bekannt gemacht und die Forderungen an die Banken nach einer öffentlichen Untersuchungskommission zur Kreditvergabe

29 „Schuldenstreichung – selbst gemacht“, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

30 Brief an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktion „Schuldenstreichung – selbstgemacht“, 26. Oktober 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

31 Wie dies auch in einem Brief an die drei Grossbanken vermerkt wurde, in dem eine „breit abgestützte Kommission“ gefordert wurde, um die „Mit-Verantwortung der schweizerischen Banken an der Entstehung der Verschuldungskrise“ zu untersuchen, vgl. Brief von Peter Bosshard (EvB) an Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Kreditanstalt und Schweizerischer Bankverein, 19. November 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

32 Brief an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktion „Schuldenstreichung – selbstgemacht“, 26. Oktober 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1. Die Philippinen waren dabei ein besonders beliebtes Beispiel, bestanden bei Schweizer Banken doch Konten mit Fluchtgeld des Diktators Marcos, vgl. dazu die Aktionsbroschüre: Aktion Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt (Hg.), Schweiz/Philippinen: Die stinkenden Milliarden, Bern und Zürich 1986.

und nach Fluchtgeldkontrolle bekräftigt. Die Kleinkreditunternehmen wurden mit einem Musterbrief über die Absichten ihrer Kreditnehmenden und zugleich die Großbanken über die Vorgänge bei ihren Tochtergesellschaften informiert.³³ Zahlreiche Aktivistinnen und Aktivisten verfassten zusätzlich persönliche Briefe an ihre Gläubigerinstitute, in denen sie die Argumentation der entwicklungspolitischen Dritte-Welt-Bewegung ausführlich darlegten und darauf drängten, „über die Verschuldung der Dritten Welt auch hier in der Schweiz eine Diskussion in Gang zu bringen.“³⁴ Bis zur Veröffentlichung der Aktion war trotz der langen Vorbereitungszeit nie etwas öffentlich über die Absichten und Ziele der Aktion bekannt geworden, und so waren die Banken entsprechend überrumpelt. Die angegriffenen Banken reagierten zwar auf die Aktion, zeigten sich aber zu keinen Konzessionen bezüglich der Forderungen bereit. Der *Schweizerische Bankverein* antwortete beispielsweise mit einem knappen Brief: „Wir bestätigen den Empfang ihres Briefes [...] Trotz intensiver Beschäftigung mit der Frage der internationalen Verschuldung können wir den darin angestellten Überlegungen nicht folgen. Gemäss Ihren Ausführungen an der Pressekonferenz in Zürich vom 20. November 1989 erwarten Sie offensichtlich selbst nicht, dass wir den in Ihrem Schreiben enthaltenen Appellen Folge leisten. Wir bestätigen Ihnen hiermit diese Einschätzung und betrachten die Angelegenheit als erledigt.“³⁵ Auch die *Schweizerische Bankgesellschaft* bestätigte nüchtern den Erhalt des Schreibens mit „seinem erstaunlichen Inhalt“ und verweigerte jede weitere inhaltliche Diskussion.³⁶ Die direkt informierten Kleinkreditunternehmen ihrerseits drohten mit rechtlichen Konsequenzen, sollten die Zahlungspflichten nicht eingehalten werden, und gingen nicht auf die angestellten Überlegungen zur internationalen Verschuldungskrise ein. Alle Banken beschränkten sich in der Folge den formaljuristischen Weg zur Betreibung der ausstehenden Kreditschuld. Auch die Gerichte zeigten sich gegenüber der Argumentation der Aktivistinnen und Aktivisten nicht interessiert und leiteten das Betreibungsverfahren gemäß formalen Kriterien ein, wie das Beispiel des Bezirksgerichts Zürich belegt:

33 Pressemappe „Schuldenstreichung – selbstgemacht“, 20. November 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 4. Vgl. auch Brief von Peter Bosshard (EvB) an Schweizerische Bankgesellschaft, Schweizerische Kreditanstalt und Schweizerischer Bankverein, 19. November 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

34 Brief von Peter S. an Prokredit, 3. Januar 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2. Dort auch weitere Korrespondenzen mit den Kreditinstituten Prokredit, Finalba, AKO Bank, Bank Aufina, Schweizerische Bankgesellschaft, Bank Rohner und City Bank.

35 Brief von Direktor F. Keiser und stellv. Direktor B. Stettler (Schweizerischer Bankverein) an Peter Bosshard (EvB), 5. Dezember 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

36 Brief der Schweizerischen Bankgesellschaft an Peter Bosshard (EvB), 29. November 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

„Der Beklagte beantragt sinngemäss die Abweisung des Rechtsöffnungsbegehrens. Er bestreitet jedoch im Grunde nicht, dass er auf Grund des Darlehensvertrages der Klägerin die Summe samt Zinsen zahlen muss. Sein Vorbringen, er habe die Darlehenssumme zu wohltätigen Zwecken nach den Philippinen überwiesen, sowie seine Äusserungen ethischer und politischer Natur sind nicht geeignet, im Sinne von Art. 82 Abs. 2 SchKG [Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs] in rein formellen Rechtsöffnungsverfahren die Schuldanerkennung zu entkräften.“³⁷

Die Berichterstattung in den Medien hingegen war breit und wohlwollend, wenn auch stärker die unübliche, provokante Aktion als die Hintergründe der Verschuldungskrise im Zentrum der Beiträge stand. Dennoch kritisierte keine einzige Schweizer Zeitung die Aktion grundlegend.³⁸ Auch in ausländischen Zeitungen erschienen Beiträge über die Aktion: Besonders philippinische Zeitungen interessierten sich für die Aktion und titelten beispielsweise: „Swiss are helping ease Manila's debt troubles“.³⁹ Ausführlich wurde der Grundgedanke der Aktion erläutert und die Verbindungen zu den Fluchtgeldern des Diktators Ferdinand Marcos auf Schweizer Konten thematisiert.⁴⁰

Im Januar 1990 zeichnete sich bei den Aktivistinnen und Aktivisten eine gewisse Unzufriedenheit ab, da sie durch die Strategie der Einzelverhandlung im Betreibungsverfahren kaum gemeinsam auftreten und handeln konnten. Selbstkritisch wurde daher nach einem Treffen vermerkt, dass die Teilnehmenden am Schuldnerkartell sozusagen dazu gezwungen worden seien, die „Strategie der Banken in der internationalen Verschuldungspolitik zu übernehmen; diese besteht ebenfalls darin, mit den Schuldnerländern von Fall zu Fall einzeln zu

37 Verfügung des Bezirksgerichts Zürich: AKO Bank gegen Peter W. betreffend Rechtsöffnung, 30. März 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

38 Vgl. die (teilweise ausführlichen und unter Verwendung der Karikatur abgedruckten) Berichte in der AZ-Presse, St. Galler Tagblatt, Basler Zeitung, Tages-Anzeiger, Luzerner Neueste Nachrichten, Berner Zeitung, Journal du Jura, Zürichsee-Zeitung, Freiburger Nachrichten, Eco di Locarno, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 4. In einer Glosse in der Klettgauer Zeitung (11. Dezember 1989) und in der Berner Volkszeitung (9. Dezember 1989) wurden die vier beteiligten ParlamentarierInnen allerdings einer „läppischen Haltung“ bezichtigt, weil sie die Bundesverfassung und ihre Gesetze nicht respektierten, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 4.

39 So die Überschrift des Artikels im Manila Chronicle, 27. August 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 3.

40 Debt cancellation: A do-it-yourself alternativ for the Third World crisis, in: The Manila Chronicle, 30. November 1989, S. 5, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 3. Vgl. auch Swiss debt „plan“ bared, in: Manila Bulletin, 28. November 1989, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 3.

verhandeln.“⁴¹ Aus diesem Grund wurde gemeinsam beschlossen, die Betreibungsverfahren nur in einigen öffentlichkeitswirksamen, prominenten Fällen weiterzuverfolgen und die restlichen Kreditschulden zurückzuzahlen, auch wenn die Banken in keiner Weise auf die Forderungen nach einer unabhängigen Kommission zur Entstehung der Verschuldungskrise eingegangen waren. Ebenfalls erfolglos blieben Versuche, die individuelle Rückzahlung von Kleinkrediten mit Gesprächen mit Bankenvertretern über die Verschuldung zu verknüpfen. Hingegen gelang es, die Rückzahlung mit symbolischen Aktionen zu verbinden: von verschiedenen Schuldern wurde versucht, die ausstehende Schuld mit Naturalien aus Produktion in der Dritten Welt zurückzuzahlen. So schrieb ein Schuldner der *Schweizerischen Bankgesellschaft* als Beilage zu seiner Sendung von zehn Kilo Zucker:

„Nach reiflicher Überlegung entschloss ich mich, meine Schuld bei Ihnen in Raten zurückzuzahlen und diese – in ihrer Form durchaus symbolhaft – den Rückzahlungsnoten verschuldeter Entwicklungsländer anzugleichen, ohne dabei den hiesigen juristischen Rahmen zu sprengen zu versuchen. Ich stelle mir das konkret etwa folgendermassen vor: Als 1. Welt-freundlicher Staatschef (und Besitzer einer namhaften Zahl von Wertschriftendepots, Konti und Safes bei Ihrem Finanzinstitut) ist es mir nach harten blutigen Auseinandersetzungen gelungen, durch Vertreibung von Kleinbauern die Anbauflächen und somit die Produktion von Zuckerrohr drastisch zu erhöhen. Deshalb ist es mir glücklicherweise möglich, Ihnen mit gleicher Post 10 Kilo Zucker zu Fr. 1.70 pro Kilo zukommen zu lassen und meine Schuld um Fr. 17.- zu vermindern. Sollte Ihnen die Rückzahlung von nur gerade 1,63% meiner Schuld gering erscheinen, bitte ich Sie zu bedenken, dass es meinem Land beim andauernden Absacken der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt zunehmend unmöglicher wird, einem weiteren Anwachsen der Schuld durch die Kapitalzinsen zu entgehen.“⁴²

Eine Kleinkreditfirma verweigerte allerdings die Annahme eines „kleinen Teils der fälligen Rückzahlungsrate in Naturalien“ in Form von Kaffee aus Lateinamerika, Westafrika und Indien, die als „Hinweis auf die tagtäglich stattfindende Ausblutung dieser Länder“ gemeint war.⁴³ Hingegen gelang es einem

41 Brief von Peter Bosshard (EvB) an die Teilnehmenden der Aktion „Schuldenstreichung – selbstgemacht“, 12. Januar 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

42 Brief von David W. an die Schweizerische Bankgesellschaft, 19. März 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

43 Vgl. Brief von Christian B. an AKO Bank, 23. Februar 1990 und Antwortschreiben der AKO Bank, 5. März 1990, beides in: EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

anderen Schuldner tatsächlich, das Kleinkreditinstitut *Prokredit* als Tochterfirma des *Schweizerischen Bankvereins* dazu zu bringen, die Schuldenrückzahlung teilweise in Form von philippinischem Mascobado-Zucker aus gerechtem Handel zu akzeptieren. Das Kreditinstitut schrieb dazu an den Schuldner: „Wir haben Ihre Wertsendung im Gesamtbetrag von Fr. 1047.50 erhalten, und damit das oben aufgeführte Konto saldiert. Den Mascobado-Zucker haben wir selbstverständlich als Zahlungsmittel angenommen. [...] In der Beilage finden Sie unsere Quittung für die erwähnte Schlusszahlung. Gerne hoffen wir auch, dass der beigelegte Brieföffner Ihnen wertvolle Dienste bei der Erledigung der täglichen Post leisten kann. Wir danken Ihnen recht herzlich für die Erledigung dieses Geschäfts und wünschen Ihnen und Ihrer Familie schöne Ostertage.“⁴⁴

Der von den Aktivistinnen und Aktivisten der Schweizer Dritte-Welt-Bewegung im Jahre 1989 zusammengetragene Fonds *Schuldenstreichung – selbst gemacht*, wurde nach Abschluss der Aktion direkt zur Unterstützung von Basisorganisationen aus Entwicklungsländern ausgegeben. Unterstützung fanden so bis zum Jahre 1996, als die Mittel des Fonds ausgegeben waren, die südafrikanische Organisation *Institute of African Alternatives*, die malaiische *Consumers' Association of Penang*, die indische Basisbewegung *Samarthan*, und die beiden Organisationen *Pacific Heritage Foundation* und *National Coalition for Socio-Economic Justice* aus Papua-Neuguinea und die philippinische *Freedom from Debt Coalition*. Die Kontakte zu diesen Organisationen waren alle über den Fachsekretär, der die Aktion koordinierte, zustande gekommen, waren also in einem eigentlichen Sinne Arbeitskontakte, die aber zugleich persönliche Beziehungen waren. Entsprechend kannten sich die Personen in den Organisationen von Konferenzen, an denen sie teilgenommen hatten, und korrespondierten ausführlich miteinander. Einzelne Vertreter der Organisationen, beispielsweise der *Freedom from Debt Coalition*, waren auch zur Unterstützung in die Schweiz gereist, sodass diese Beziehungen auf Gegenseitigkeit beruhten. In einem Fall kam der Hinweis auf eine Organisation in Indien von einem Bekannten, der als ehemaliger Aktivist der Bewegung nun für ein Schweizer Hilfswerk in Indien tätig war. Es manifestieren sich also durchaus wechselseitige Beziehungen zwischen den Aktivistinnen und Aktivisten in der Schweiz und den Organisationen in den Entwicklungsländern, auch wenn diese die bestehenden Hierarchien nicht ausgleichen konnten, die beispielsweise bereits in den finanziellen Möglichkeiten sichtbar wurden. Die konkreten Einzahlungen waren dann aber explizit zur

44 Brief der Prokredit an Matthias E., 10. April 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2. Vgl. auch Brief von Peter Bosshard (EvB) an die Teilnehmenden der Aktion „Schuldenstreichung – selbstgemacht“, 27. Juni 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

freien Verwendung durch die befreundeten Organisationen bestimmt: „to be utilized freely for any kind of activities“, wie es im Begleitbrief hieß.⁴⁵ Entsprechend finden sich bezüglich der Verwendung nur knappe Angaben in den Unterlagen; ja es wird deutlich, dass es die Schweizer Aktivistinnen und Aktivisten nicht sonderlich interessierte, was mit ihrem Geld passierte, sondern diese davon ausgingen, dass es die Organisation in den Entwicklungsländern schon sinnvoll verwenden würden. Eine der Organisationen in Papua-Neuguinea nutzte den Betrag beispielsweise für die logistische und juristische Unterstützung des Kampfes von Landbesitzern und Dorfvereinigungen gegen japanische Holzfällfirmen, die auf ihrem Land Wald rodeten.⁴⁶ Die indische Basisorganisation wiederum verwendete den Betrag für ihren nicht näher spezifizierten Fonds und bedankte sich dafür in einem Fax für die Überweisung aus der Schweiz: „We are extremely happy about your [...] offer. It is an encouraging sign for us, coming from your organization [...] We are touched and strengthened by your gesture of solidarity.“⁴⁷

Insgesamt kann die Aktion als aufsehenerregend und spektakulär bezeichnet werden. Vor allem der hohe persönliche Preis, den die Teilnehmenden für die Aktion auch im wörtlichen Sinne zahlten, beeindruckte die Medien und die Öffentlichkeit. Nicht nur waren sie alle bereit, für die Unterstützung von Basisbewegungen aus Entwicklungsländern einen hohen Betrag faktisch zu spenden. Sie nahmen auch persönlich einen mühsamen rechtlichen Weg auf sich, indem sie die Rückzahlung des Kredits verweigerten. Daraus konnten bei zukünftigen Kreditanträgen, Stellenwechseln oder bei der Wohnungssuche Nachteile entstehen. Die Aktion erregte im Ausland innerhalb von entwicklungspolitischen Kreisen Aufmerksamkeit, und die *Erklärung von Bern* erhielt in der Folge mehrere Anfragen nach den technischen Details der Aktion, um sie so in anderen Ländern wiederholen zu können. Allerdings wurde dies nirgends in die Tat umgesetzt, auch nicht in Deutschland oder den Niederlanden, wo sich mehrere entwicklungspolitische Organisationen sehr interessiert zeigten. Die *Erklärung von Bern* erhielt aber auch zahlreiche individuelle Reaktionen von Entwicklungsfachleuten, Missionierenden und Vertreterinnen und Vertretern von Basisbewegungen aus Entwicklungsländern, die alle die Aktion begrüßten und beglück-

45 Verwendung des Unterstützungsfonds, 21. Februar 1996. Vgl. auch Brief von Peter Bosshard (EvB) an Samarthan, 21. Februar 1996, beides in: EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

46 Fax von Max Henderson (Pacific Heritage Foundation, Rabaul) an Peter Bosshard (EvB), 22. Februar 1996, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

47 Fax von E. Dennadayalan (Samarthan, New Delhi) an Peter Bosshard (EvB), 6. März 1996, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

wünschten.⁴⁸ Die Wirkung der Aktion *Schuldenstreichung – selbst gemacht* blieb aber trotz ihrer aufsehenerregenden Idee beschränkt. Die schweizerische Bankenwelt war ein zu starker Gegner, der zudem durch die bestehenden Gesetze geschützt und innenpolitisch nur schwer angreifbar war. Die Banken mussten sich daher der öffentlichen Debatte nicht stellen und konnten es sich leisten, die Diskussion schlicht zu verweigern und so eine kritische entwicklungspolitische Analyse der Verschuldungsproblematik zurückzuweisen. Ein Aktivist bezeichnete die Aktion in einem Brief an seine Bank denn auch treffend als „Nadelstich“.⁴⁹ Für eine höhere Wirksamkeit und die Etablierung einer Debatte über die Verschuldung der Dritten Welt war die Aktion zu klein und in ihrer Form des zivilen Ungehorsams zu riskant für breite Kreise. Auch die *Erklärung von Bern* erkannte rückblickend diese für den Erfolg der Aktion einschränkende Faktoren:

„Bei der Petition ‚Entwicklung braucht Entschuldung‘ hat sich gezeigt, dass in einer breiten Öffentlichkeit eine Betroffenheit über die Verschuldungskrise besteht. Gleichzeitig waren viele der aktiven Leute nicht zufrieden mit dem unverbindlichen Mittel einer Petition und mit deren sehr gemässigten Forderungen, welche beispielsweise die Rolle der Banken ausser Acht liessen. Bei unserer Aktion war es wohl gerade umgekehrt: Die politische Aussage zielt auf die tatsächlich Verantwortlichen und schlägt auch ein Lösungsmodell vor, welches die Kosten richtig verteilt. Gleichzeitig ist der erforderliche individuelle Einsatz aber so hoch, dass sich die Aktion nicht für die Mobilisierung von sehr vielen Leuten eignet. Wir suchen deshalb weiterhin nach Aktionsformen, die einerseits verbindlich sind und in die richtige Richtung zielen, sich andererseits aber auch für eine breite politische Mobilisierung eignen.“⁵⁰

Bei der Verschuldung handelt es sich um ein ökonomisches Problem der Welt, das im Gegensatz zu anderen Dritte-Welt-Themen nur indirekte Bezugspunkte zur Schweiz aufweist. Die schweizerischen Bewegungsakteure standen damit vor der Herausforderung, die Dringlichkeit von Lösungen eines komplexen Problems aufzuzeigen, das vom größten Teil der Schweizer Bevölkerung – wenn überhaupt – nur entfernt wahrgenommen wurde. Die Solidarität mit Opfern der Verschuldung zu aktivieren, erwies sich damit als äußerst schwierig. Zusätzlich wurden die Lösungen der Verschuldungsproblematik kaum in einem natio-

48 Vgl. die gesammelten Briefe aus den Philippinen, Costa Rica, Mexico, sowie aus Kanada, Belgien, Niederlanden, Deutschland und Frankreich, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 3.

49 Brief von Matthias E. an die Prokredit, 28. März 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 2.

50 Brief von Peter Bosshard (EvB), Aktion „Schuldenstreichung – selbst gemacht“, 27. Juni 1990, EvB-Archiv SozArch Ar 430.61.3, Dossier 1.

nen bilateralen Vorgehen gesehen, sondern nur in einem multilateralen Zusammengehen von Schuldern und Gläubigern – auch diese transnationalen Lösungsansätze erschwerten eine schweizweite Öffentlichkeitskampagne zu Verschuldung.⁵¹ Es ist diese Globalität des Problems, die in der Verschuldungsfrage das Unvermögen aufzeigt, als nationale Dritte-Welt-Bewegung die Öffentlichkeit stärker zu mobilisieren.

Fazit

Die „aktive Solidarität“ der schweizerischen Dritte-Welt-Bewegung zeigt sich beim Beispiel der Verschuldungsthematik in einer zweifachen, aber verschränkten und sich gegenseitig konstituierenden Aktion: Zum einen war da die spektakuläre Aktion zivilen Ungehorsams. Sie erforderte eine hohe persönliche Mitwirkung und bedeutete ein individuelles Risiko für die Aktivistinnen und Aktivisten, um sich so solidarisch mit jenen Menschen zu zeigen, die von den Folgen der internationalen Verschuldung betroffen waren. Zum anderen wurde über die Aktion aber auch in geradezu klassischer Weise ein Fonds mit Geld errichtet. Dieser war gedacht, „for supporting groups in the South, which are active on the debt issue“⁵² und kann damit als klassische Finanzhilfe bezeichnet werden; wenn auch „alternativ“ in dem Sinne, dass nicht Regierungen Geldtransfers erhielten, sondern Basisbewegungen, die frei über das Geld verfügen konnten. Dies kann auch als Versuch gelesen werden, keine Abhängigkeit von Spenden aus der Schweiz entstehen zu lassen. In der hier als Beispiel näher untersuchten alternativen Entschuldungsaktion wurden jene kritischen entwicklungspolitischen Gruppen aktiv, die in ihrem Engagement primär auf eine Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen und nicht auf direkte Entwicklungszusammenarbeit fokussierten. Ziel war es daher, eine wechselseitige Beziehung aufzubauen, bei der Wissen aus den Entwicklungsländern über die Auswirkungen der Verschuldungskrise in die Schweiz transferiert wurde. Im Gegenzug fand ein Transfer von finanziellen Ressourcen für die Kampagnen und Aktivitäten der Organisationen im Süden statt. Diese zivilgesellschaftliche

51 Vgl. als Hinweis auf die in den Jahren 1989–1991 generell zu beobachtenden Verschiebung der Schwerpunkte schweizerischer Entwicklungszusammenarbeit hin zu multilateralen Lösungen die Studie *Justitia et Pax* (Hg.), *Weltweite Partnerschaft: Die multilaterale Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz*, Bern und Fribourg 1991.

52 Brief von Peter Bosshard (EvB) an Freedom from Debt Coalition, 13. Oktober 1989, Archiv der Gruppe Schweiz-Philippinen SozArch Ar 86.60.6.

Praktik internationaler Solidarität stand damit auch in einer langen Tradition von Lieferungen verschiedener Güter, die zur Unterstützung von Bewegungen in der Dritten Welt gedacht waren. „Entwicklung“ und „aktive Solidarität“ standen sich damit nicht direkt gegenüber, sondern ergänzten sich in einer beinahe komplementären Weise. Die Aktion war somit Ausdruck einer Erweiterung der Entwicklungsidee hin zu jener angestrebten, aber nie wirklich erreichten solidarischen Beziehung, die globale Gerechtigkeit zwischen Menschen ohne Hierarchien schaffen würde.

Kim Christiaens

Making Solidarity Effective. The Interaction Between Vietnamese Diplomacy and Solidarity Activists in the Mobilization for Vietnam in Belgium (1960s and Early 1970s)

From the 1960s until the 1980s, „solidarity movements“ in support of „national liberation movements“ and revolutionary regimes in the Third World mushroomed across Western Europe. To date, mainstream accounts have highlighted the agency of activists in the „First World“ and the inspiration that propelled them to take action for issues in the Third World as the primary axis of this mobilization. Yet, scant attention has been devoted to the role Third World actors played in the emergence and development of these „solidarity movements“. There have been various reasons why the role of Third World actors has not been a talking point in accounts of Third World solidarity movements; it was partly because of divisions in research fields, as the history of social movements in Western Europe has been written apart from the history of the revolutionary Third World movements and governments. This lacuna is not only a question of academic specializations, however. Already from the moment when the first activism in support of Communist inspired Third World insurgencies, movements or regimes took roots and in the context of the Cold War, opponents have portrayed these movements as front organizations, which made them captive to international communist strategies, manipulations and fallacy.¹ In reaction to this, (former) activists, who wrote the standard accounts of Third World solidarity movements so profusely in the 1980s and 1990s as historians and social scientists, have pooh-poohed these claims and neglected this aspect in their accounts, stressing instead the spontaneously generated and grassroots dimension of the activism. No one, indeed, doubts that it lacks realism to claim that the thousands of people who took the streets in Brussels and other towns across the world to profess their „solidarity“

1 Peter Collier/David Horowitz, Another Low Dishonest Decade on the Left, in: *Commentary* 83 (1987), 17-24; Arthur Marwick, *The Sixties. Cultural Revolution in Britain, France, Italy, and the United States, c.1958-c.1974*, Oxford 1998, 15-16.

Reinhart Kössler

Prof. Dr., researcher at the *Arnold Bergstraesser Institut*, Freiburg, Germany, teaches political science at the University of Freiburg. His interests include theory of development, social theory, political institutions, ethnicity, the colonial state, memory politics and the region of Southern Africa. Among the many relevant publications in the thematic field: *Globale Solidarität? Eine Streitschrift* (together with Henning Melber), Frankfurt/Main 2002.

Konrad J. Kuhn

Jg. 1978, Dr. phil, Wissenschaftlicher Assistent am *Seminar für Kulturwissenschaft/Europäische Ethnologie* der Universität Basel und Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Zürich. Forschungs- und Interessensfelder: Geschichte der Entwicklungspolitik, Geschichte sozialer Bewegungen, Geschichte des alpinen Tourismus, Geschichts- und Erinnerungskultur, Brauch-/Ritualforschung, *postcolonial studies*. Publikationen: *Entwicklungspolitische Solidarität. Die Dritte-Welt-Bewegung in der Schweiz zwischen Kritik und Politik (1975–1992)*, Zürich 2011; *Im Kampf gegen das „heimliche Imperium“ – Entwicklungspolitik und postkoloniale Kritik in der Schweiz seit 1970*, in: Patricia Purtschert et al. (Hg.), *Postkoloniale Schweiz – Formen und Folgen eines Kolonialismus ohne Kolonien*, Bielefeld 2012, 267–287; *Liberation struggle and Humanitarian Aid – International Solidarity Movements and the „Third World“ in the 1960s*, in: Samantha Christiansen/Zachary A. Scarlett (Eds.), *The Third World in the Global Sixties*, New York/Oxford 2012.

Sara Lorenzini

Born in 1974, Senior Researcher and Adjunct Professor for International History at the *School of International Studies* of the University of Trento, Italy. Her research interests include North-South relations during the Cold War, German (East and West) and Italian foreign policy after 1945. Book on the subject: *Due Germanie in Africa: la cooperazione allo sviluppo e la competizione per i mercati di materie prime e tecnologia*, Firenze 2003. She is currently writing a history of development assistance during the Cold War.

Antonio Muñoz Sánchez

Jg. 1971, Dr. phil, Postdoctoral Research Fellow am *Instituto de Ciências Sociais da Universidade de Lisboa*. Forschungsfeld: Geschichte der deutsch-iberischen Beziehungen nach 1945 (Politik, Migration, Sozialismus, Demokratieförderung). Aktuelle Buchpublikation: *El amigo alemán. El SPD y el PSOE de la dictadura a la democracia* (Barcelona 2012). Aktuelles Forschungsfeld: Die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Demokratisierungsprozesse in Portugal und Spanien.

Berthold Unfried

Jg. 1960, Dozent am *Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* der Universität Wien. Aktuelle Buchpublikation: *Abgeltung von historischem Unrecht. Entschädigung und Restitution in einer globalen Perspektive* (erscheint 2012). Aktuelles Forschungsfeld: „Entwicklungshilfe“ und „sozialistische Hilfe“ als Globalisierungsunternehmen in Zeiten der Systemkonkurrenz, 1970–1990. Relevante Publikation dazu zuletzt: *Entwicklungsexpert/inn/en*, Themenheft des *Journals für Entwicklungspolitik* 3/2010.

ITH-Tagungsberichte 46

Herausgegeben von der
International Conference of Labour and Social History (ITH)

ITH, A-1010 Wien, Wipplingerstraße 6–8 (Altes Rathaus)

Die eine Welt schaffen

Praktiken von „Internationaler Solidarität“ und
„Internationaler Entwicklung“

Create One World

Practices of „International Solidarity“ and
„International Development“

Herausgegeben von Berthold Unfried und Eva Himmelstoss

im Auftrag der
International Conference of Labour and Social History (ITH)
Gedruckt mit Unterstützung des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte



Akademische Verlagsanstalt
2012